

Lieber Herr Arps,

mit Genugtuung durfte ich unlängst vom (Teil)Erfolg der Bürgerinitiative Weißenfels gegen den Schlachthof erfahren.

Doch diese (sicher teuer erstrittenen) Erfolge sind nicht allen BIs vergönnt.

Bei uns in Lützen ist bezüglich des Tagebaus noch alles unklar.

Unlängst entschied ich mich daher zu einem offenen Brief auf ein Interview unseres Landesoberen Böhmer in der MZ, leider bislang ohne jede Reflexion von Böhmer oder der MZ.

Vielleicht wäre es Ihnen möglich, den Menschen in Lützen-Wiesengrund erneut die Hand zu reichen und anhängendes Anschreiben zu veröffentlichen?

Mit besten Grüßen aus Starsiedel
Ihr Kurt-L. Schornsheim

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Prof. Böhmer,

Ihre im Zeitungsartikel geäußerten Sorgen um das Land Sachsen-Anhalt teile ich genauso, wie ich Ihre Amtszeit als Ministerpräsident Sachsen-Anhalts bewundere.

Die uns Sachsen-Anhalter bewegende Frage, warum so viele Menschen unser Land verlassen, kann zumindest für das vom Braunkohletagebau bedrohte Gebiet um Lützen recht einfach beantwortet werden: da gibt es ein Unternehmen namens Mibrag, das mit Billigung des Deutschen Bundestages und fußend auf deutschem Recht aus dem Deutschen Reiche tagebaubetroffenen Grundbesitzern beliebige Spottpreise für die Überlassung deren Grundbesitze diktieren kann, ohne gerichtlich wegen unsittlicher Geschäfte belangt werden zu können.

Und da gibt es den besonders eifrigen Wirtschaftsminister in Sachsen-Anhalt, der sich allen Ernstes von dieser Mibrag mit dem Argument erpressen läßt, daß in deren Tagebauen Arbeitsplätze gefährdet seien, obwohl die Mibrag weiß, daß ihre jetzigen Tagebaue Profen und Vereinigtes Schleenhain noch für mehrere Jahrzehnte Kohle liefern, feste Abnehmer haben und damit Arbeitsplätze garantieren können!
Welcher Betrieb Deutschlands kann in solchen Zeiträumen planen?

Es gehört vermutlich zu den Grundanliegen eines Landesoberen, für Gerechtigkeit in seinem Lande zu sorgen? Diese Gerechtigkeit indes vermissen wir Bergbaubetroffenen besonders schmerzlich.

Unser Grund und Boden soll der Allgemeinheit geopfert werden, doch genau diese Allgemeinheit scheint weder sensibilisiert noch bereit zu sein, die Opfer der Bergbaubetroffenen angemessen zu entschädigen.

Auch scheint sich die angesprochene Allgemeinheit infolge jüngster Kohleexporte und Gewinnabführungen mehr in Richtung Tschechien zu verlagern.

Die Landesregierung hätte sehr wohl Einfluß auf das Geschehen, indem sie die angeprangerten Praktiken der Mibrag zumindest auf ihrem Staatsgebiet verhinderte, ihren Verzicht gegenüber der Mibrag auf Grundwasserhebe- und Bodenschatzfördergebühren im Namen der finanziell gebeutelten Gemeinden aussetzte und ihre beispielsuchende Zustimmung zu neuen würde- und perspektivlosen Tagebauvorhaben der Mibrag fürderhin versagte.

Dessen ungeachtet gestatten Sie mir, Ihnen meine Hochachtung für die Erfolge bei der Entwicklung Sachsen-Anhalts während Ihrer Amtszeit zu übermitteln.

Ich wünsche Ihnen für Ihre Zukunft alles erdenklich Gute.

Hochachtungsvoll
Kurt-L. Schornsheim
Starsiedel